
2827/J-BR/2011

Eingelangt am 27.04.2011

Dieser Text ist elektronisch textinterpretiert. Abweichungen vom Original sind möglich.

Anfrage

der Bundesrätin Elisabeth Greiderer
Kolleginnen und Kollegen

an den Bundesminister für Gesundheit
betreffend Brustkrebs-Screening - Pläne des Gesundheitsministers

Im Dezember 2010 wurden Pläne des Bundesministers für Gesundheit und des Hauptverbandes der Sozialversicherungsträger bekannt, wonach so rasch wie möglich ein österreichweites Brustkrebs-Screening für die Risikogruppe der 50- bis 69-jährigen Frauen eingeführt werden soll. Dieser nach einem EU-Modell erstellte Früherkennungs-Plan sieht vor, dass jede Frau zwischen 50 und 69 Jahren alle zwei Jahre zur Mammographie gehen soll. An alle Kandidatinnen - insgesamt gehören mehr als eine Million Frauen in Österreich dieser Risikogruppe an - soll eine Einladung zu dieser weiterhin freiwilligen Untersuchung verschickt werden, die anhand des Melderegisters erstellt wird und als ärztliche Überweisung gilt. Eine Teilnahmerate von 70 Prozent wird angestrebt.

Das Budget in Höhe von 45 Mio € und der Plan stehen angeblich bereits, noch offen soll die Zertifizierung geeigneter Radiologen für Brustkrebszentren sein, von denen es pro Bundesland mindestens eines, in größeren Bundesländern mehrere geben soll.

Dies sind kurz zusammengefasst die bekanntgewordenen Pläne des Gesundheitsministers im Zusammenhang mit dem Brustkrebs-Screening. Demgegenüber stehen derzeit österreichweit ca. 180 spezialisierte Ärzte für die Brustkrebsvorsorge zur Verfügung. Im Durchschnitt werden damit bereits rund 50 % der in Betracht kommenden Frauen erfasst. Seitens der Radiologen wurde zusätzlich ein umfassendes Qualitätssicherungskonzept ausgearbeitet. All das bleibt - den Medienberichten zufolge - bei den Plänen des Gesundheitsministers unberücksichtigt, die daher aus mehreren Gründen sehr kritisch zu hinterfragen sind.

Nicht nur aus Tiroler Sicht bedeuten diese Pläne eine wesentliche Verschlechterung für die Brustkrebsvorsorge der Frauen, die nicht hingenommen werden kann. Denn das bestehende Projekt „Mammographie-Screening Tirol“ ist erfolgreich und bietet den Tiroler Frauen - auch allen zwischen 40 und 49 Jahren - einen leichten und vor allem wohnortnahen Zugang zu dieser wichtigen Untersuchung an, die auch eine Ultraschall-Untersuchung beinhaltet. Frauen können zu ihrem Vertrauensarzt in der Region gehen, das Gespräch mit dem Arzt findet sofort statt und auch die Befundung erfolgt innerhalb weniger Tage. Laut inoffiziellen Informationen wären für Tirol nur mehr ein bis zwei Zentren für die Untersuchung geplant, was befürchten lässt, dass auf Grund langer Anfahrtswege von vielen die Vorsorge nicht mehr in Anspruch genommen wird bzw. werden kann. Dies würde einen Rückschlag im Kampf gegen Brustkrebs darstellen. Aber auch die österreichische Ärztekammer hat große Bedenken im Hinblick auf das geplante Screening-Programm, das zu einer Verunsicherung unter den Frauen geführt hat, und drängt auf Verbesserungen.

Die unterfertigten Bundesrätinnen und Bundesräte stellen daher an den Bundesminister für Gesundheit folgende

Anfrage

- 1) Wie weit ist Ihr Plan bzw. dessen Umsetzung zur Einführung eines in Zentren organisierten österreichweiten Brustkrebs-Screenings bereits gediehen?
- 2) Ist Ihnen bekannt, dass das EU-Modell in erster Linie für Länder ausgearbeitet wurde, die im Vergleich mit Österreich (noch) mehr Nachholbedarf bei der Brustkrebsvorsorge haben?
- 3) Können Sie ausschließen, dass es nach Ihren Plänen zu Verschlechterungen in der Brustkrebsvorsorge für Frauen kommt?
- 4) Wann und in welcher Weise werden Sie den Bundesrat und den Nationalrat über Ihre Pläne informieren? Wie lauten diese Pläne konkret?
- 5) Welche Kosten sind damit im Einzelnen verbunden?
- 6) Wer trägt diese Kosten?
- 7) Wieviele Personen sollen damit zusätzlich in die Brustkrebsvorsorge einbezogen werden?
- 8) Warum bauen Ihre Pläne nicht auf bewährten Modellen wie beispielsweise dem Tiroler Modell auf?
- 9) Warum werden nicht in erster Linie die niedergelassenen Ärzte einbezogen?
- 10) Ist Ihnen das Qualitätssicherungskonzept der Radiologen bekannt und wenn ja, warum wird es nicht in Ihre Pläne zur Brustkrebsvorsorge einbezogen?
- 11) Wäre es nicht sinnvoller und kostengünstiger, die Personen, die das derzeit bestehende Angebot noch nicht annehmen, gezielt einzuladen anstatt eine Parallelstruktur aufzubauen?
- 12) Werden Sie als Gesundheitsminister sicherstellen, dass auch weiterhin alle Frauen ab 40 Jahren die Möglichkeit zur wohnortnahen, freiwilligen Mammographie-Untersuchung samt routinemäßigem Ultraschall haben werden?
- 13) Was werden Sie tun, damit die derzeit in Österreich bestehende Brustkrebsvorsorge auch weiterhin in vollem Umfang garantiert bzw. noch weiter ausgebaut wird?